

3. August 2008, 12:54 Uhr

VON TOBIAS DÜRR

GASTKOMMENTAR

Clement und die ideologische Reinheit der SPD

Der Fall Wolfgang Clement ist erbärmlich. Historisch nannte man so etwas "Säuberung". Die SPD verrät damit alle freiheitlichen Werte und Traditionen, die die Partei ausmachen. Was die Clement-Verfolger wollen, ist eine "linke" Einheitspartei – und damit die Selbstaufgabe der deutschen Sozialdemokratie.

Ja, es dreht sich einem tatsächlich der Magen um beim Gedanken an das erbärmliche Unterfangen der SPD in Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement aus seiner Partei zu verjagen. Dieses Schauspiel mitzuerleben, ist in vieler Hinsicht bitter – zuvörderst natürlich für den Betroffenen selbst, aber ebenso für die vielen Anhänger einer Sozialdemokratie, die sich als freiheitlich und fortschrittlich begreift. Die Eiferer in der SPD hingegen, die sich heute so ungeheuer sicher sind zu wissen, wie Sozialdemokratie auszusehen habe - so sicher, dass sie selbst einen Mann vom Kaliber Wolfgang Clements ohne Umschweife aus seiner Partei beseitigen können -, verraten in Wahrheit alle freiheitlichen Werte und Traditionen, die die Sozialdemokratie ausmachen.

Bleibe es bei der Entscheidung des nordrhein-westfälischen Landesverbandes der SPD (oder zöge Wolfgang Clement nun seine eigenen Konsequenzen), dann wäre in der Tat ein entscheidender point of no return erreicht und überschritten. Gewiss: Man beruft sich auf formale Verfehlungen, die gemäß rechtsförmigem Verfahren zu sanktionieren seien. Und sicherlich war Wolfgang Clements – in der Sache allzu berechtigte – Warnung vor Andrea Ypsilantis verrückter Abenteuerspielplatzpolitik unmittelbar vor der hessischen Landtagswahl nicht im gängigen Sinne „solidarisch“.

Doch man mache sich nichts vor: Beim „Fall Clement“ geht es um etwas völlig Anderes. Hier geht es im Kern darum, ganz bestimmte freiheitliche Grundüberzeugungen ein für allemal aus der SPD zu vertreiben. Zu besichtigen sind reaktionäre, illiberale Feinde der offenen Gesellschaft bei ihrem verbiesterten Kampf gegen Pluralität und für die ideologische Reinheit des Parteikörpers. Diese Art der Verfolgung von Abweichertum ist historisch unter dem Begriff der „Säuberung“ bekannt. Insofern handelt es sich hier für die deutsche Sozialdemokratie tatsächlich um ein Fanal.

Gerhard Schröder hat auf dem Bochumer Parteitag 2003 – aus durchaus nachvollziehbarer Wut – dem niedersächsischen Provinzsozialdemokraten Wolfgang Jüttner zugerufen: „Euch mach ich fertig!“ Der damalige Bundeskanzler meinte damit nicht nur Jüttner selbst, sondern alle, die die demütigenden Wahlergebnisse für Wolfgang Clement und Olaf Scholz organisiert hatten. Der Witz ist nur: Dergleichen Verfolgung hat dann natürlich niemals stattgefunden. In der Ära Schröder hat den ausgemachten Gegnern der Erneuerung von Republik und Sozialdemokratischer Partei nie jemand auch nur ein Haar gekrümmt, von „fertigmachen“ keine Spur!

Ganz im Gegenteil: All die Jüttners, Ypsilantis, Nahles', Pronolds, Schreiners e tutti quanti konnten – sehr zum Schaden ihrer Partei – jederzeit schalten und walten, opponieren und intrigieren, wie sie gerade lustig waren. Wo immer ein Kronzeuge gegen Schröder, Clement oder Scholz gebraucht wurde, waren sie stets gern zur Stelle. Und Oskar Lafontaine agitierte als Boulevard-Kolumnist, Talkshowgast und Buchautor jahrelang völlig unbehelligt gegen die Politik der eigenen Partei, die er erst 2005 – zu einem ihm selbst genehmen Zeitpunkt – verließ.

Das alles war widerwärtig, aber es gehörte eben dazu. Niemand wäre auf die Idee gekommen, solche Leute wegen Illoyalität oder Torheit aus der Partei zu werfen. Dieselbe im besten Sinne freiheitliche Haltung legen diejenigen, die sich neuerdings innerhalb der SPD obenauf wähen, charakteristischerweise nicht einmal ansatzweise an den Tag. Und es ist bezeichnend, dass ausgerechnet Erhard Eppler, jener jahrzehntelang als „Pietcong“ bekannte „Vordenker“ einer besonders grämlichen und rückwärts gewandten Spielart von Sozialdemokratie, Clements mutmaßlichen Rauswurf als einer der Allerersten bejubelt hat.

Was sich Leute des geistigen und kulturellen Zuschnitts der Clement-Verfolger wünschen, ist in Wahrheit eine purifizierte und – in jeder Hinsicht – geschlossene „linke“ Einheitspartei. Das aber wäre ein brutaler Rückfall: nicht bloß meilenweit hinter das Godesberger Programm der SPD von 1959, sondern auch in einen historisch völlig unsozialdemokratischen Autoritarismus und Antiliberalismus. Sollten sich die Vertreter dieses Kurses in der SPD tatsächlich durchsetzen, stünde als nächster Schritt – sozusagen geschichtsnotwendig – die Wiedervereinigung der

deutschen Arbeiterklasse zu den Bedingungen Oskar Lafontaines auf der Tagesordnung. Das wäre dann die endgültige Selbstaufgabe der deutschen Sozialdemokratie. Ob diese Kapitulation noch verhindert werden kann – das ist die eigentliche Frage, die hinter dem Konflikt um Wolfgang Clements Parteiausschluss verbirgt.

Wolfgang Clement ist seit 38 Jahren Mitglied der SPD. Er war Landesminister, erfolgreicher Ministerpräsident und Bundesminister, stellvertretender Landesvorsitzender, Parteisprecher der SPD und ihr stellvertretender Bundesgeschäftsführer, Mitglied des Parteivorstands und stellvertretender Bundesvorsitzender. Überhaupt auf die hanebüchene Idee zu verfallen, solch einen Politiker – aus welchen formalistisch herbeikonstruierten Gründen auch immer – aus seiner Partei zu verstoßen, offenbart eine geradezu atemberaubende Niedertracht – von der abgründigen politischen Dummheit des Vorhabens ganz abgesehen.

Hat diese Entscheidung Bestand, wird aus der SPD endgültig eine anderen Partei: weder links noch frei, weder weltoffen noch großzügig, stattdessen autoritär und antiliberal, verhockt und doktrinär, boshaft und missgünstig. Eines ist sicher: Anhänger der Werte und Ideen einer freiheitlichen und fortschrittlichen sozialen Demokratie könnten solch einer Partei nicht angehören.

Der Autor ist Chefredakteur der Zeitschrift „Berliner Republik“ und Mitbegründer des Think-Tanks „Das Progressive Zentrum“.